

Zeitschrift: Judaica : Beiträge zum Verstehen des Judentums
Herausgeber: Zürcher Institut für interreligiösen Dialog
Band: 56 (2000)

Artikel: "Die Wirklichkeit kann man immer verändern, die Mentalitäten nur sehr schwer" : ein Gespräch von Alfred Bodenheimer und Stefan Keller mit Roger de Weck zur Holocaust-Debatte
Autor: Bodenheimer, Alfred / Keller, Stefan / Weck, Roger de
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-961515>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

„Die Wirklichkeit kann man immer verändern, die Mentalitäten nur sehr schwer“

Ein Gespräch von Alfred Bodenheimer und Stefan Keller mit Roger de Weck zur Holocaust-Debatte

Der Schweizer Journalist Roger de Weck, seit 1997 Chefredakteur der Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit*, ist wie kaum ein zweiter Beobachter ein intimer Kenner sowohl der schweizerischen als auch der deutschen Politik und Wirtschaft. Zum Umgang mit der Vergangenheit des Zweiten Weltkriegs und zur Auswirkung der Auseinandersetzung mit dem Holocaust in beiden Ländern in den vergangenen Jahren befragten ihn Stefan Keller und Alfred Bodenheimer.¹

Herr de Weck, wie unterscheidet sich die deutsche Holocaust-Debatte, also jene um die Rede von Martin Walser und das Schoa-Mahnmal in Berlin sowie um die Entschädigung von Zwangsarbeitern, von der Debatte, die in den letzten drei Jahren in der Schweiz geführt wurde. Wo liegen die Unterschiede, wo gibt es Gemeinsamkeiten?

Roger de Weck: Zunächst gibt es viel mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten. In Deutschland hat man diese Debatte auf die eine oder andere Weise seit 1945 immer wieder geführt, ungerne zwar und oft mit einem Hang, die Geschichte zu verdrängen. Aber im Grunde hat die Debatte nie aufgehört. In der Schweiz hingegen ist sie bis vor drei, vier Jahren gar nicht geführt worden. Das ist ein erster wesentlicher Unterschied. Der zweite ist,

¹ Roger de Weck, *Die Zeit*, Speersort 1, D-20079 Hamburg. – Dr. Alfred Bodenheimer, jüdischer Lehr- und Forschungsbeauftragter am Institut für jüdisch-christliche Forschung, Universitäre Hochschule Luzern, Kasernenplatz 3, CH-6003 Luzern. – Dr. Stefan Keller, Wuhrstrasse 11, CH-8003 Zürich; Redakteur der *WochenZeitung*, Verfasser des Buches „*Grüningers Fall*“. *Geschichte von Flucht und Hilfe*, Zürich 1993 und Mitinitiant des „Manifests vom 21. Januar 1997“ gegen Antisemitismus und falsche Geschichtsbilder. – Das Gespräch mit Roger de Weck fand am 4. Oktober 1999 in Hamburg statt. Damals noch anhängige Vorgänge wie die Verhandlungen über die Zwangsarbeiter in deutschen Firmen oder die Wahlen in der Schweiz vom 24. Oktober 1999 konnten daher nicht bilanzierend besprochen werden.

dass in Deutschland Nachfahren von Menschen leben, die damals Verbrechen begangen haben, während in der Schweiz die Zahl der Nachfahren von Mittätern oder Gehilfen des Holocaust gering ist. Insofern ist die gesellschaftliche Dimension eine ganz andere. Ich sehe noch einen dritten Unterschied: In Deutschland war das Thema von vorneherein gegeben, und die Verantwortung Deutschlands für das, was geschehen ist, war von Anfang an ein Faktum, während in der Schweiz das Bewusstsein, dass es auch eine schweizerische Verantwortung gibt, nicht vorhanden war. Ein vierter, wesentlicher Unterschied betrifft schliesslich die Haltung gegenüber den Juden. Im Rahmen der Debatte der vergangenen Jahre ist in der Schweiz wiederholt auch Antisemitismus bekundet worden, während das in Deutschland noch weitestgehend tabu ist. Zweifellos gibt es auch in Deutschland Antisemitismus, und am rechten Rand äussert er sich ungeniert, aber in den deutschen Salons ist er nach wie vor tabu, in der Schweiz jedoch nicht. Nun zur Frage, ob es Gemeinsamkeiten gibt: Deutschland ist an einem Punkt angelangt, an dem das, was von den Nazis verbrochen wurde, allmählich in die Geschichte eintritt. Ich sage das natürlich weit weg von den Relativierungen der Historikerdebatte der achtziger Jahre, aber es ist so: In zehn bis fünfzehn Jahren werden die letzten, die diese Verbrechen erlebt, erfahren, erlitten oder begangen haben, gestorben sein. Damit wird die Debatte in eine neue, und wie ich vermute, geschichtliche Phase treten. Es wird auch dann noch eine Geschichte sein, die in Deutschland viel stärker als in jedem anderen europäischen Land die Gegenwart prägt, aber es wird eben Geschichte sein. In der Schweiz hingegen ist die Debatte erst zu einem Zeitpunkt geführt worden, als alles schon seit langem als Geschichte galt. Hier wurde Geschichte, nachdem man sie als Geschichte nicht hatte wahrhaben wollen, in die Gegenwart zurückgeholt, um bald darauf wieder Geschichte zu werden. Auf zwei unterschiedlichen Wegen sind also möglicherweise die schweizerische und die deutsche Debatte heute an denselben Punkt gelangt.

Sie sind auch ein Frankreich-Kenner. Wie sehen Sie denn die Entwicklung in Frankreich, etwa im Zusammenhang mit dem Fall Papon?

Die Franzosen sind Künstler darin, sich mit ihrer Vergangenheit nicht auseinanderzusetzen oder nur mit jenen Teilen, die gewissermassen ins Konzept passen. Das gilt nicht nur für die Kollaboration im Zweiten Weltkrieg, sondern auch mit Blick auf den Indochinakrieg oder den Algerienkrieg. Frankreich hat eine grosse Fähigkeit darin, zu verdrängen. Insofern ist trotz aller Enthüllungen der letzten Jahre eine eigentliche Debatte nicht geführt worden – ich wüsste zumindest nicht wo. Da und dort ist der Versuch, die

Sache zu thematisieren, unternommen worden. Denken Sie etwa an die Enthüllungen über Mitterrands Rolle zur Zeit des Zweiten Weltkriegs. Diese Enthüllungen wurden zur Kenntnis genommen, aber eine gesellschaftliche Tragweite hatten sie nie. Gleichzeitig existiert in Frankreich genau jener Antisemitismus in den Salons: Ich war von 1984 bis 1988 Korrespondent in Paris, zur Zeit als Jean-Marie Le Pen hochkam, und damals war gut zu beobachten, wie allmählich ein Tabu nach dem anderen beseitigt wurde und wie man plötzlich in den Pariser Salons Dinge zu hören bekam, die wenige Jahre zuvor jeden, der solches gesagt hätte, noch gesellschaftlich diskreditiert hätten.

Hat sich eigentlich durch die Debatte, die in der Schweiz geführt wurde, das Bild der Schweiz in Deutschland verändert?

Diese Debatte ist in Deutschland nicht sehr aufmerksam verfolgt worden, wie überhaupt das Schweizer Geschehen für die Deutschen an Bedeutung verloren hat. Am ehesten verfolgt wurde sie von ein paar Intellektuellen, die sich darüber freuten, dass die Schweiz sich ihrer Vergangenheit stellen musste – denn ohne Zwang hätte sie das ja nicht getan. Auch ein Teil der Wirtschaftsführer verfolgte diese Debatte und zwar zu einem sehr pragmatischen Zweck: Die Schweizer Erfahrungen konnten wertvoll sein für die eigenen Verhandlungen mit dem World Jewish Congress und im Zusammenhang mit den amerikanischen Sammelklagen. Aber sonst ist die Schweiz ja ein so kompliziertes Land, dass es sehr vieler Zeit und Arbeit bedarf, um es zu verstehen, während aber seine Bedeutung gering ist. Deshalb unternehmen die wenigsten Deutschen den Versuch, die Schweiz wirklich zu verstehen. Viele begnügen sich mit Klischees und benützen die Schweiz als schneeweisse Fläche für ihre eigenen Projektionen und zwecks Bestätigung der eigenen Meinung. Manche werden sich also darüber gefreut haben, dass die Schweiz sich gegen die Forderungen der Juden zur Wehr setzte, während andere sich gefreut haben, dass die Schweiz, wenn auch reichlich spät, einen Schritt unternahm, um durch eine Stiftung Solidarität zu bekunden. – Die Projektion von eigenen Vorstellungen auf die Schweiz ist übrigens nicht auf die hier angesprochene Frage beschränkt, sie trifft auf alle möglichen Dinge zu. Die „Grünen“ freuen sich über die fortschrittliche Schweizer Verkehrspolitik, die Konservativen freuen sich über das Beharrungsvermögen der Schweiz. Jeder sieht genau den Teil der Schweiz, der ihm gerade passt.

Und wie hat die Debatte den Blick der Schweizer und Schweizerinnen auf ihr eigenes Land beeinflusst?

Alles in allem, glaube ich, zum Guten. Die Schweiz hat ein realistischeres, weniger mythologisches Bild von sich gewonnen – jedenfalls in den aufgeklärten Teilen des Volkes. Ich war seinerzeit eng befreundet mit Niklaus Meienberg,² und immer wieder habe ich in den letzten Jahren und Monaten gedacht: Würde er heute leben, wie anders stünde er da! Er wird wohl eines Tages selbst von jenen, die ihn aufs heftigste bekämpft und abgelehnt haben, anerkannt werden, denn vieles was er historisch vorgearbeitet hatte und was damals nicht zur Kenntnis genommen werden durfte, ist jetzt bestätigt worden. Das halte ich für eine gute Entwicklung. Allerdings steht auch Meienberg selbst für die gesellschaftlichen Widersprüche in der Schweiz; er hat einerseits diese einmalige historische Leistung erbracht, andererseits hat er im Golfkrieg, als er in eine psychisch unerträgliche Lage geraten war, die eine oder andere antisemitische Äusserung fallengelassen. – Wohlgermerkt, ich mache diesen Hinweis auf die inneren Widersprüche Meienbergs aus einer grossen Liebe für ihn und aus der tiefen Freundschaft heraus, die uns verband.

Ihre letzte Bemerkung führt uns zu einer weiteren generellen Frage: Lösen die Wörter ‚Jude‘ oder ‚jüdisch‘ bei Medienschaffenden eigentlich immer noch bestimmte Reflexe aus?

Das Wort ‚Jude‘ ist selbstverständlicher geworden. Man sucht nicht mehr nach Umschreibungen, wie das in meiner Jugend der Fall war – zumindest in der bürgerlichen Schweiz. Wie es damals in Deutschland war, kann ich nicht beurteilen, das habe ich nicht erlebt. Dass das Bild realistischer geworden ist, der Umgang mit dem Wort ‚Jude‘ entspannter, sehe ich als eine positive Entwicklung. Denn es ist klar, dass auch der unreflektierte und manchmal fast schon rituelle Philosemitismus in gewissen Teilen der Gesellschaft Gefahren in sich barg. Heute wird in einem Teil des Schweizer Establishments auch akzeptiert, dass die Juden Macht haben; dass eine Minderheit, die über Jahrhunderte verfolgt worden ist, sich heute zumindest in Teilen der westlichen Welt zu behaupten weiss und Verfolgung nicht mehr einfach erdulden muss, sondern zurückschlägt. Das ist in der Geschichte des abendländischen Judentums eine bisher einmalige Situation. Eigentlich ist damit nach Jahrtausenden Normalität eingekehrt: Diese Minderheit besitzt

² Der Journalist und Schriftsteller Niklaus Meienberg (1940 – 1993, Suizid) war vor allem in den siebziger und achtziger Jahren einer der umstrittensten Schweizer Publizisten; dies nicht zuletzt wegen seiner kritischen Schriften zur Schweizer Neutralitäts- und Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg und deren Bild im öffentlichen Bewusstsein und in der Historiografie des Landes.

Instrumente, um sich zu wehren, wenn sie angegriffen wird. Aber natürlich gibt es da, wo es Macht gibt, eben immer auch Machtmissbrauch. Im Tauziehen der jüdischen Organisationen mit der Schweiz ist in dieser Hinsicht nicht immer alles zum besten gelaufen: Auch das ist eben Teil der Normalität. Insofern ist die Entwicklung alles in allem gut – fragil bleibt sie dennoch. Wie die Gesellschaft sich weiter entwickelt, wissen wir nicht.

Sie haben vorhin vom Antisemitismus in den Schweizer Eliten gesprochen. Wie ist es denn mit dem Antisemitismus im Volk? Gibt es da Unterschiede?

Da bin ich überfragt, weil ich damit zuwenig befasst bin. Im Establishment konnte ich aber etwas beobachten: Als plötzlich der Streit um die nachrichtenlosen Vermögen einsetzte und um die noch viel schlimmere Schweizer Geschichte, die Geschichte des Zurückschickens von Menschen in den sicheren Tod – als diese Debatten vor einigen Jahren angingen, erlebten wir gerade das beginnende Wirtschaftswunder in den Vereinigten Staaten, und im Zuge der Globalisierung hatte sich fast das gesamte Schweizer Establishment auf die USA ausgerichtet. Die amerikanische Sprache zog in die Schweizer Unternehmen ein, die amerikanische Denkweise, der shareholder value, die Managementmethoden. Alles richtete sich nach Amerika aus. – Und plötzlich kam jetzt ausgerechnet dieses bewunderte oder verherrlichte Amerika mit einer Sache, die den eigenen Interessen zutiefst widersprach. Für grosse Teile des Establishments, das Amerika vergötterte und nun plötzlich dank Amerika mit der eigenen Vergangenheit konfrontiert wurde, war dies ein tiefer Schock. Deshalb hat das Schweizer Establishment auch so lange gebraucht, bis es auf die Vorwürfe aus den USA reagierte. Es war auch nicht möglich, einfach zu sagen: „Das sind die Juden!“ Es waren zwar die Juden, aber es war zugleich Amerika. Beides liess sich nicht trennen, das war eins, bis hin zur Gestalt des Unterstaatssekretärs Stuart Eizenstat. In einem Teil des Schweizer Establishments ist übrigens seither eine Art Anti-Amerikanismus eingekehrt. Das ist jetzt zwar nicht die Antwort auf die Frage, die Sie stellten, aber ich finde den Punkt bedenkenswert.

Kommen wir nochmals auf Deutschland zurück. Ignatz Bubis erklärte in einer seiner letzten öffentlichen Aussagen, er habe in den Jahren als Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland eigentlich nichts erreicht.

Ignatz Bubis war bitter am Ende seines Lebens. Aber den Wunsch, in Israel begraben zu werden und nicht in Deutschland, hat er nicht erst zu dieser Zeit geäussert; solche Aussagen machte er meines Wissens schon in den frühen achtziger Jahren. Ignatz Bubis' bitterste Stunde im Amt des Zentralratsvorsitzenden war wohl im Herbst 1998, als nach der Rede Martin Wal-

ders, des Trägers des Friedenspreises des deutschen Buchhandels, in der Frankfurter Paulskirche alle Zuhörer sich erhoben und applaudierten und Ignatz Bubis als einziger nicht – zu Recht nicht. Eine weitere sehr bittere Stunde war das Gespräch, das er einige Wochen später mit Martin Walser führte und das in Auszügen auf Video festgehalten wurde: Etwa dreimal streckte er dort, bildlich gesprochen, die Hand aus, und dreimal ergriff Martin Walser sie nicht. Salomon Korn, der bei diesem Gespräch ebenfalls dabei war, versuchte in einer fast schon rührenden Weise, ein Mindestmass von menschlichem Comment herzustellen, jenseits von aller Verbindlichkeit. Er wurde von Martin Walser ebenfalls abgeblockt, auf herrische Art und Weise: Das war schon eine Art Stunde der Wahrheit. Trotzdem bin ich mit Bubis' Einschätzung seines eigenen Werks nicht einverstanden. Er hat etwas bewirkt in Deutschland.

Was im vereinigten Land in den letzten Jahren geschehen ist und heute geschieht, sei es gegen Juden oder noch viel intensiver gegen Ausländer, dagegen konnte Ignatz Bubis nichts tun. Was da geschah, hing damit zusammen, dass die Deutschen – vor allem im Osten – von einem Tag auf den anderen in eine Werte- und Sinnkrise gestürzt wurden, in welcher alles, was sie zuvor getan hatten, in Frage gestellt wurde; es gab zudem eine Wirtschaftskrise, eine völlige Umstellung des gesellschaftlichen Systems. Bei Teilen der Gesellschaft führte dies dazu, dass sie in uralten Mustern Rückhalt suchten, zuerst im Osten, und in Westdeutschland wurde es dann nachgeahmt. Übrigens sucht die Mehrzahl der Menschen in Ostdeutschland, die solchen Rückhalt brauchen, diesen nicht bei der Rechten, sondern bei der PDS, und auch wenn diese Partei mir persönlich höchst unsympathisch ist, bildet sie doch einen Faktor der Stabilisierung. – Was aber sollte nun Ignatz Bubis gegen eine solche Wucht der Geschichte ausrichten können? Nichts!

Die Aussage von Bubis bleibt aber trotzdem stehen, und dazu kommt beispielsweise die Aussage Marcel Reich-Ranickis, man solle als Jude in Deutschland nicht Deutscher sein wollen, er selber habe das nie gewollt.

Die Dachorganisation der Juden in Deutschland heisst „Zentralrat der Juden in Deutschland“ und nicht ‚Zentralrat der deutschen Juden‘. Die Juden selbst haben nach dem Zweiten Weltkrieg evidenterweise die frühere Bezeichnung „deutsche Juden“ nicht wiederaufnehmen wollen. Vielleicht kommt eines Tages der Punkt, an dem es ‚Zentralrat der deutschen Juden‘ heissen wird, aber dieser Punkt ist noch lange nicht erreicht. Das liegt sowohl an den Deutschen wie an den Juden. Zum einen sehen viele Deutsche die Juden als Fremde und nicht als Deutsche. Zum anderen wollen viele der

Juden in Deutschland vor dem Hintergrund der Geschichte auch nicht ‚deutsche Juden‘ sein. In Grossbritannien und in Frankreich ist es für die nichtjüdischen Bürger gar keine Frage, dass die Juden im Lande ebenso Briten oder Franzosen sind wie sie selber, als dies etwa in Deutschland und auch in der Schweiz der Fall ist. In Frankreich ist es wohl in den Salons ein Thema antisemitischer Bemerkungen, wenn ein Jude Mitglied der Regierung wird, aber es ist keine Wegmarke. In Deutschland und in der Schweiz verhält sich das anders. Es mag zynisch klingen, aber es gibt in Deutschland schlicht deshalb nur wenige Juden, weil die Grosseltern und die Eltern derer, die heute deutsche Juden wären, ermordet worden sind. Und viele Juden, die in den dreissiger Jahren geflüchtet waren, sind nicht zurückgekehrt; so ist die Minderheitenstellung von Juden im heutigen Deutschland noch krasser. Nun erlebt Deutschland in den letzten Jahren einen starken Zuzug osteuropäischer, vor allem russischer Juden, der sich stark auf Berlin konzentriert. Dieser Zuzug wird in den jüdischen Gemeinden selbst mit gemischten Gefühlen betrachtet, weil nicht immer klar ist, ob die Zuwanderer wirklich Juden sind oder ob sie vielleicht diese Möglichkeit benutzen, um in den Westen zu kommen. Einen selbstverständlichen jüdischen Alltag und eine Selbstverständlichkeit des Miteinanders von Juden und Nichtjuden im Alltag kann es in Deutschland im Moment nicht geben, schon rein von ihrer Zahl her ist das noch nicht möglich.

Zurück zur Schweiz: War der Vergleich zwischen den Grossbanken und den jüdischen Organisationen aus Ihrer Sicht ein Versuch, Gerechtigkeit herzustellen, oder war es einfach ein Deal? Hat es dabei das Gefühl einer – wenn natürlich auch unzureichenden – späten Herstellung von Gerechtigkeit überhaupt gegeben?

Das Ziel war natürlich in erster Linie schon, einen Deal zu machen. Doch so wie die Welt gestrickt ist, kann auch ein Deal für etwas mehr Gerechtigkeit sorgen. Gerechtigkeit ist leider nicht immer eine Frage der Mentalität, sondern der Fakten. Den Aspekt des Deals gab es auch beim Jüdischen Weltkongress, dem die Geldfrage mindestens so wichtig war wie die Gerechtigkeitsfrage trotz aller gegenteiliger Beteuerungen. Hätte die Gerechtigkeitsfrage tatsächlich derart im Vordergrund gestanden, hätte der Jüdische Weltkongress auch da und dort anders vorgehen können, und die eine oder andere Aussage wäre vielleicht unterblieben. Aber nochmals: Das von Ihnen gebrauchte Wort ‚Deal‘ muss nicht unbedingt im negativen Sinne verstanden werden. Wenn man schon die Mentalitäten nicht ändern kann, dann schafft man zumindest eine gewisse Gerechtigkeit in der Wirklichkeit. Die Wirklichkeit kann man immer verändern, die Mentalitäten – das Bild der Wirklichkeit – nur sehr schwer.

Wie erklären Sie sich eigentlich, dass es im Verlauf der Debatte sowohl in der Schweizer Bevölkerung als auch in der Schweizer Regierung zu einer derart weitgehenden Gleichsetzung von Bankeninteressen und nationalen Interessen kommen konnte?

Die Banken haben natürlich in der Schweiz ein solches Gewicht, dass ein Auseinanderhalten der Banken und der offiziellen Schweiz schwierig ist, ob dies nun die Innenpolitik oder die Wahrnehmung des Landes durch Ausländer betrifft. Die Banken sind wahrscheinlich der internationalste Sektor der Schweiz überhaupt und auch der verletzlichste, und in dieser Angelegenheit wurde dieser Sektor eben bedrängt.

Für mich persönlich allerdings ist der Bankenaspekt nur ein Kristallisationspunkt. Sie werfen letztlich die Frage auf, ob ein Teil des Schweizervolks die Verantwortlichkeit an die Banken delegiert habe, obwohl sie weit über die Banken hinausging.

Es gab ja auch den umgekehrten Aspekt: Dass die Banken bei den Vergleichsverhandlungen in New York über Tatbestände verhandelten, die sie formell gar nichts angingen – also über Klagen und Ansprüche von Opfern des Nationalsozialismus gegen den Schweizer Staat.

Auch in dieser Sache bin ich echt überfragt. Was es jedoch anzumerken gilt in Bezug auf die Verhandlungen, die heute von amerikanischer Seite mit deutschen Emissären wegen der Beschäftigung von Zwangsarbeitern geführt werden, ist eine Tatsache, die überhaupt nicht thematisiert wird – ich weiss nicht, ob aus politischen Gründen oder aus andern: Es gab amerikanische Firmen, die Zwangsarbeiter beschäftigt haben. Auch darüber zu recherchieren, fände ich lohnend. Aber ich weiss nicht, inwieweit die Vereinigten Staaten die Bereitschaft aufbringen, sich mit den Schattenseiten ihrer eigenen Geschichte auseinanderzusetzen. Ich meine das nicht im Sinne des billigen Schwarzpeterspiels, denn die Vereinigten Staaten haben natürlich entscheidend dazu beigetragen, den Nationalsozialismus zu beseitigen. Die Schweiz hat das nicht getan, und darin lag auch die Brisanz der amerikanisch-schweizerischen Verhandlungen – die Schweiz hatte sich auf ein Heldenpodest gesetzt, ohne einen Beitrag im Kampf gegen die Nazis geleistet zu haben, und sie ist dann von diesem Podest herabgeholt worden. Andere Länder, wie zum Beispiel Schweden, die durchaus ihr Sündenregister besitzen, die sich aber nicht auf ein Heldenpodest gesetzt hatten, wurden weniger hart angegangen. Sie mussten eben nicht so weit heruntergeholt werden. Wenn die Schweiz von Anfang an zu den hellen wie zu den dunklen Seiten

ihrer Politik im Krieg gestanden wäre, dann hätte, glaube ich, der Fall etwas weniger Brisanz erhalten.

Es gab in der Schweizer Geschichte und im historischen Bewusstsein der Schweiz nach 1945 keinen Bruch, sondern, wie Sie sagen, eher eine Verklärung. Glauben Sie, dass sich dieser Bruch nachholen lässt, dass sich der Schweizer Staat von gewissen Aspekten seiner damaligen Politik nachträglich distanziert?

Das ist ein Prozess, der weit hinausgeht über die Frage des Verhältnisses der Schweiz zum Holocaust und über die Mitverantwortung der Schweiz nicht am Holocaust selbst – diese Formulierung ginge zu weit –, sondern für alles, was sie am Rande des Holocaust getan hat. Die Schweiz vollzieht heute ganz langsam einen Bruch (wobei ein langsamer Bruch vielleicht kein Bruch ist) in ihrem Selbstbild und ihrem Verhältnis zu ihrer Geschichte und zum Holocaust, im Verhältnis zu den Nachbarn, die plötzlich Partner sein könnten und nicht mehr Feinde. Auch das Verhältnis zur Neutralität steht zur Debatte. Es ist eine Reihe von Infragestellungen schweizerischer Gewissheiten, die da aufeinandergefolgt sind. Im Tiefsten hat sich die Schweiz, obwohl sie ins Dienstleistungszeitalter eingetreten ist, bisher ja noch ganz stark als agrarisches Land verstanden, ungeachtet dessen, dass die wirtschaftliche Basis in diesem Bereich schon lange nicht mehr gegeben ist.

Von Verfechtern der Idee eines Beitritts zur Europäischen Union ist immer wieder gesagt worden, die Schweiz wäre im Streit um die nachrichtenlosen Vermögen weniger exponiert gewesen, und der amerikanische Druck wäre nie so gross geworden, wenn sie EU-Mitglied gewesen wäre. Stimmen Sie dem zu?

Sicher würden die Vereinigten Staaten mit einem EU-Land etwas anders umgehen als mit einem isolierten Land. Die Debatte wäre in einer etwas weniger spitzen Art und Weise geführt worden. Das heisst nicht unbedingt, dass die konkrete Entschädigungssumme deshalb niedriger ausgefallen wäre.

Wäre es nicht leichter gewesen, die Klagen einfach abzuwimmeln?

Das glaube ich nicht, denn sonst könnte auch Deutschland die Zwangsarbeiter-Klagen einfach abwimmeln. Aber mit Ihrer Frage bewegen wir uns natürlich mitten in fiktionaler Politik, und eine Schweiz, die EU-Land gewesen wäre, hätte die Frage womöglich schon von Anfang an ganz anders angepackt. Die Tatsache, dass sie kein EU-Mitglied war, ist mit ein Ausdruck dafür, wie sie sich zu ihrer Vergangenheit gestellt hat. Eine Bereitschaft, sich für die EU zu öffnen, hätte möglicherweise auch die Bereitschaft erzeugt – oder vorausgesetzt –, sich der Vergangenheit früher zu stellen, als die Schweiz das getan hat. Dies gilt insbesondere, wenn man bedenkt, dass die Gegner der EU diese als das „Vierte Reich“ bezeichnen.